

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	58/HH
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	176/2023
		GZ:	WFB 9011-05
Sitzungstermin:	30.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Dr. Nopper		
Berichterstattung:	BM Fuhrmann		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2023 und fortgeschriebener Finanzplanung bis 2026		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 15.03.2023, öffentlich, Nr. 97
 Ergebnis: Einbringung
 Verwaltungsausschuss vom 29.03.2023, öffentlich, Nr. 127
 Ergebnis: einmütige Zustimmung (2 Enthaltungen)

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 13.03.2023, GRDRs 176/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Nachtragshaushaltsplan und der fortgeschriebenen Finanzplanung bis 2026 wird gemäß Anlagen 1, 2, 3 und 4 zugestimmt.
2. Der Anbringung der neuen Deckungsvermerke gemäß Anlage 5 wird zugestimmt.

Weitere Beratungsunterlage ist die als Tischvorlage ausgeteilte Anlage 1 (neu) zu GRDRs 176/2023. Sie ist dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei angehängt.

Einleitend merkt BM Fuhrmann an, dies sei seit dem Jahr 2020 der vierte Nachtragshaushalt in Folge. Wahrscheinlich werde dieser Gemeinderat in die Geschichte Stuttgarts als derjenige Gemeinderat eingehen, der in seiner Amtszeit die meisten Haushaltsvorlagen zu behandeln und zu beschließen hatte. Gleichzeitig sei es ein Beleg dafür, in welchen bewegenden und nicht kalkulierbaren Zeiten man sich befindet.

Zu den Gründen der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2023 führt er die gravierenden Veränderungen im Ergebnishaushalt und die Kapitaleinlage bei der SWSG an. Auch habe man berücksichtigt die aktuellen Prognosen der wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten, allen voran die Gewerbesteuer. Hier habe man eine Korrektur vorgenommen von geplanten ursprünglich 650 Mio. EUR auf 1 Mrd. EUR. Er betont, dies sei eine Momentaufnahme und Hochrechnungen auf Folgejahre könnten erst mit der Mai-Steuerschätzung 2023 oder anhand der Entwicklungen im Sommer 2023 manifestiert werden. Zweitens habe man die Fortschreibung von Positionen aus dem Nachtragshaushalt 2022 berücksichtigt mit den Themen Aufwendungen für die Unterbringung von Geflüchteten (113 Mio. EUR ohne Sozialleistungen) und die Energiepreissteigerungen bei den städtischen Ämtern (32 Mio. EUR). Berücksichtigt habe man drittens die Beschlüsse des Gemeinderates und anderer beschließenden Ausschüsse, wie z. B. die Einführung des kostenlosen Deutschlandtickets für Mitarbeitende der Landeshauptstadt Stuttgart, des Klinikums Stuttgart und der freien Kita-Träger, die Ausweitung des Wirkungsbereichs und die Reduzierung des Preises des Sozialtickets und Mittel für Kommunale Hilfen infolge der Energiepreisentwicklung sowie viertens weitere Entwicklungen. So habe man sich entschieden, in die SWSG eine Kapitaleinlage in Höhe von 200 Mio. EUR zu geben und die SWSG damit in die Lage zu versetzen, ihre ambitionierten Ziele im Neubau und bei der Modernisierung ihrer Bestandsgebäude durchführen zu können. Für das Jahr 2023 sei dafür ein Betrag von 50 Mio. EUR vorgesehen.

Das Gesamtergebnis sehe wie folgt aus: Vom Planansatz aus dem Doppelhaushalt für 2023 von - 217,2 Mio. EUR konnte im Nachtrag eine Verbesserung von 146,9 Mio. EUR erzielt werden, sodass man nun auf ein neues Gesamtergebnis in Höhe von 70,3 Mio. EUR komme.

Wie bereits im gestrigen Verwaltungsausschuss hingewiesen stehe man vor großen Herausforderungen trotz der erfreulichen Entwicklung der Gewerbesteuer, der Erträge und der guten Liquidität: Beispielhaft nennt er einige Themen, wie das Stadtquartier Rosenstein, Klimaneutralität bis 2035, Sanierung des Württembergischen Staatstheaters, Ausbau des ÖPNV und viele andere Aufgaben, welche die städtischen Finanzen stark belasten und damit auch die kommenden Ergebnishaushalte nicht abschätzbar machen.

An dieser Stelle dankt BM Fuhrmann ganz herzlich der Stadtkämmerei für ihre exzellente Arbeit und die Vorbereitung auch dieses vierten Nachtragshaushalts in Folge. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Haushaltsabteilung seien bereits mitten in der Vorbereitung des nächsten Doppelhaushalts 2024/2025. "Herr Vaas, Herr Langemack und Ihr ganzes Team: Ganz herzlichen Dank für diese Arbeit und weiterhin viel Kraft und Ausdauer!"

Bedingt durch die Annahme des Antrags 19/2023 (Ausweitung Tarif Plus in der SuE-Zulage) im gestrigen Verwaltungsausschuss werde man nachher eine entsprechend geänderte Beschlussantragsziffer 1 zur Abstimmung stellen, sollte der Gemeinderat

diesen Antrag beschließen. Darüber hinaus erfolge auch eine Abstimmung über mehrere Anträge der Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei.

Abschließend spricht er dem Gemeinderat seinen herzlichen Dank aus für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Alle Rednerinnen und Redner seitens des Gemeinderates schließen sich dem Dank an die Mitarbeitenden der Stadtkämmerei für die hervorragende Arbeit trotz permanent hoher Arbeitsleistung an und danken ihrerseits BM Fuhrmann.

StRin Rühle (90/GRÜNE) merkt an, man hätte die positiven Mehrerträge bei den Gewerbesteuern bis vor kurzem so nicht erwartet, doch seien diese dringend nötig, um die Ämter und Eigenbetriebe personell und finanziell unterstützen zu können. Vor allem die SWSG und das Klinikum Stuttgart brauchen aufgrund der Baupreis- und Energiesteigerungen dringend diese Unterstützung. Sie gehe aufgrund dieser Entwicklungen davon aus, dass auch im nächsten Jahr wieder einen Nachtragshaushalt benötigt wird. Gut und wichtig sei es, dass die Verwaltung auch die gemeinnützigen Träger und Institutionen berücksichtigt und einen Fonds angelegt hat, um Mehraufwendungen abzufragen und zielscharf unterstützen zu können. Denn Infrastruktur bestehe auch aus der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Dazu zähle selbstverständlich auch Personal. So erfordere das kostenlose Jobticket für alle Beschäftigten hohe finanzielle Mittel. Um dem Fachkräftemangel - vor allem im öffentlichen Dienst - zu begegnen, brauche es solche Angebote. Dies betreffe gewisse Bereiche stärker, z. B. Erzieher*innen, weshalb es richtig sei, Zulagen anzugleichen und auch für die Schulkinderbetreuung zu gewähren. Wegen der insgesamt volatilen Lage, wo die Probleme sicher nicht weniger werden, sei es besonders wichtig, die Einnahmen besonders im Blick zu behalten, um die notwendigen Investitionen in Organisation und Infrastruktur auch weiter leisten zu können.

StR Kotz (CDU) schickt voraus, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Zwingend notwendig sei es, angesichts der beschriebenen Bewegungen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite in der Rechnungslegungsform nachzusteuern. Mit Blick auf die Anträge sei man der Meinung, dass dieser Nachtragshaushalt, weil er so kurz vor den regulären Doppelhaushaltsplanberatungen ansteht, nicht der richtige Zeitpunkt sei, um einzelne - vielleicht durchaus wichtige - Themen herauszupicken. Weil diese Thematiken eher dort in einem Gesamtkontext zu diskutieren seien, lehne man die gestellten Anträge heute ab. Dies solle nicht heißen, dass man dem einen oder anderen nicht zugestimmt hätte, wäre es in den regulären Haushaltsberatungen beantragt worden. Auch auf der Einnahmenseite habe man eine sehr volatile Situation, vor allem was die Gewerbesteuereinnahmen angeht. Mit der nun erreichten Höhe in der Größenordnung von 1 Mrd. EUR dringe man vielleicht in neue Bereiche vor, die der Stadt vieles ermöglichen.

Jedoch tue sich seine Fraktion schwer mit der Tatsache, dass manche Ratsmitglieder, wissend, dass ein großer Teil der Gewerbesteuer aus dem Bereich der Automobilindustrie, der Zulieferindustrie und der Dienstleister für diese Branche kommt, und somit auch für die Attraktivität von Stuttgart steht, was gut bezahlte Arbeitsplätze angeht, dienstags im STA heftig auf das Automobil schimpfen und deutlich zum Ausdruck bringen, dass man das Automobil am liebsten in deutlich kleinerer Zahl in Stuttgart hätte, und sich mittwochs im VA über die Gewerbesteuereinnahmen freuen. Ein so absurdes Verhalten könne man als CDU-Fraktion nicht nachvollziehen. "Wer mit großer Freude

die Einnahmen ausgibt, die gerade auch aus dieser Branche und der dazugehörigen Zulieferindustrie etc. in diesen städtischen Haushalt einfließen, der hat auch einen gewissen Respekt diesen Unternehmen gegenüber zu erweisen und auch gegenüber den Produkten, die sie herstellen!"

StR Conzelmann (SPD) bittet um Nachsicht, für den Nachtragshaushalt weitere Wünsche angemeldet zu haben. Auch er freut sich darüber, dass die Gewerbesteuererhebungen aus 2022 trotz aller Schwierigkeiten nun bei rund 1 Mrd. EUR liegen, denn dadurch könne man auf Kreditermächtigungen von über 400 Mio. EUR verzichten und diese auf null senken. Dies zeige, dass trotz aller Krisen ökonomische Zuversicht angezeigt ist. Warum die Verwaltung dennoch in der mittelfristigen Finanzplanung für 2024 mit 650 Mio. EUR und für 2025 mit 670 Mio. EUR rechnet, erschließe sich ihm nicht. Im Verwaltungsausschuss hätten daher auch alle Fraktionen zum Ausdruck gebracht, dass man sich hier mehr Optimismus wünscht. "Wir brauchen diese Spielräume auch für Anliegen, die uns in den kommenden Haushaltsberatungen wichtig sind - die Stuttgart-Zulage sei hier als ein Beispiel genannt. Aber auch in anderen Bereichen müssen soziale Schieflagen angegangen werden, der Klimaschutz bleibt weiter eine Aufgabe, die uns viel Geld kosten wird." Im Nachtragshaushalt sei es schon an der einen oder anderen Stelle gelungen, so beispielsweise bei den im VA beschlossenen Zulagen für die Kita-Leitungen und die Schulkinderbetreuung. Um der Erfüllung der Rechtsansprüche auf Kindertages- und Schulkinderbetreuung näherzukommen, dürfe keine Zeit verloren werden. Denn weil es um Bildungsgerechtigkeit gehe und darum, dass Eltern, die arbeiten gehen wollen, dies auch tun können, sei es gut, mit diesen Zulagen nicht auf die Haushaltsberatungen zu warten. Erwähnen wolle er außerdem das Thema vergünstigter Mittagstisch und die Kapitalerhöhung der SWSG, die Voraussetzung sei für die Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Ziele. Die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage erfolge daher sehr gerne in Ergänzung um die Maßnahmen des gemeinsamen Antrags Nr. 19/2023.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) gesteht ein, auch wenn es für den Gemeinderat ebenfalls viel Arbeit bedeute, so mache man doch sehr gerne Haushaltsberatungen. Gerade wegen der Krisensituationen müsse man schneller als früher reagieren und deswegen sei es gut, den Doppelhaushalt mit Nachtragshaushalten zu ergänzen. Weiter sei festzuhalten, dass die Krisen einfach nicht aufhören: Auf Corona sei der Krieg gefolgt und darauf Inflation, Preisschock und die große Frage, wie es mit dem sozialen Zusammenhalt in Stuttgart weitergeht. Diese Krisen hätten seine Fraktionsgemeinschaft schon im letzten Nachtragshaushalt veranlasst, nachsteuern zu wollen und man habe viele Maßnahmen vorgeschlagen, die direkt und unmittelbar die Bürger*innen entlasten und zu sozialen Zusammenhalt in bestimmten Bereichen führen. Jetzt zu investieren für den sozialen Zusammenhalt sei auch ein Stück von Zukunftsfähigkeit, denn sozialer Zusammenhalt mache einen Standort mindestens genauso attraktiv wie Arbeitsplätze in der Industrie zu stellen. Daher werde man seitens der FrAKTION die Anträge Nrn. 314 bis 320 auch nochmals aufrufen, sie begründen und zur Abstimmung stellen.

Ein zweiter historischer Punkt sei, dass es um besonders viel Geld in diesem Haushalt gehe. Man verstehe daher nicht, dass die CDU-Fraktion diesen Anträgen heute nicht zustimmen will, wo das Geld dafür doch da sei. In den letzten Haushaltsberatungen habe man am Ende immer erlebt, dass viel mehr Geld in der Kasse ist als prognostiziert wurde. Es sei daher in Stuttgart also möglich, beim Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt deutlich mehr zu tun. Angesichts der Rekorderhebungen bei

der Gewerbesteuer sei es absolut unplausibel, in den nächsten Jahren wieder auf 650 und 670 Mio. EUR zurückzugehen. Dies habe allein die Funktion, "uns als Stadträtinnen und Stadträte kurz zu halten und zu verhindern, dass man jetzt das Notwendige in den sozialen Zusammenhalt investiert." Er werbe deswegen darum, den Anträgen seiner Fraktionsgemeinschaft zuzustimmen.

Im Namen der PULS-Fraktionsgemeinschaft bringt StRin Hübsch Dankbarkeit und die Unterstützung für den vorgelegten Nachtragshaushalt zum Ausdruck. Zwar stehe die Stadt vor vielfältigen Herausforderungen, doch sei man in der glücklichen Lage, diese anzugehen und verfüge über ausreichend finanzielle Mittel, um diese gezielt einzusetzen. Weiter verweist sie auf den gemeinsamen Antrag von PULS und SPD Nr. 19/2023 zur finanziellen Wertschätzung für das pädagogische Personal, der erfreulicherweise eine Mehrheit gefunden habe, sodass nun alle Kita-Mitarbeitenden und neu auch die in der Schulkinderbetreuung profitieren. Hierfür dankt sie ganz herzlich den Fraktionen, die diesen Antrag unterstützt haben und der Verwaltung, die in den Ämtern und in der referatsübergreifenden Zusammenarbeit die entsprechenden Zahlen zu den Kosten geliefert haben. Weil es in der Vergangenheit Unterschiede in der Bezahlung der Mitarbeitenden in dem Bereich gegeben habe, ist ihr der Hinweis wichtig, dass es durch diese Zulagen nicht zu einem Flickenteppich in der Bezahlung kommen wird, sondern es durch diesen Antrag einen Ausgleich geben wird in den Bereichen, die bisher nicht fair und gleichbehandelt wurden. Diese Maßnahme werde dazu beitragen, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und zu gewinnen. Die Umsetzung des Antrags sei daher nicht nur eine Anerkennung für die gute Arbeit des pädagogischen Personals, sondern gleichzeitig eine Investition gegen Fachkräftemangel und für die Zukunft Stuttgarts.

Für StR Dr. Oechsner (FDP) zieht der Dank an BM Fuhrmann und die Kämmerei-Mitarbeitenden natürlich auch den Dank an die Gewerbetreibenden mit sich, die diese Gewerbesteuer erwirtschaftet haben. Er geht davon aus, dass sehr viele kleine Unternehmen und Mittelständler einen großen Anteil an den exorbitanten Einnahmen haben. Seine Fraktion hoffe natürlich, dass dies in Zukunft so bleibt und sei diesbezüglich zuversichtlich. Dem vorliegenden Nachtragshaushalt stimme man zu. Zum Antrag Nr. 19/2023 sei zu sagen, dieser sei inhaltlich richtig und von der Systematik her gut gedacht. "Aber, wenn ich für das Personal tatsächlich etwas machen möchte und strukturelle Mehrausgaben in Angriff nehme - und glauben Sie mir, mit Liberalen kann man ohne weiteres auch über das Instrument Stuttgart-Zulage reden. Ich habe jahrelang gesagt, das ist Tariffrage, Tarifautonomie; mittlerweile bin ich nicht mehr so sicher, ob die Tarifparteien das hinkriegen, da kann man in Stuttgart schon mal drüber nachdenken -, dann kann man das machen im Gesamtkontext der Einnahmen und Ausgaben: Auf was verzichtet man dann vielleicht auch strukturell, um den Mitarbeitern ein Mehr zu gönnen. Ein Mehr, weil man das Mehr tatsächlich braucht, weil es in Zukunft in Großstädten immer schwieriger wird, mit den normalen Tarifen ein angemessenes Leben zu führen." Nun aber einen Teil der Mitarbeiter über einen Antrag sechs Monate vor den Haushaltsberatungen, in denen man den Überblick hat, herauszupicken, halte seine Fraktion für nicht sachgerecht. Daher lehne man den Antrag zu diesem Zeitpunkt ab, wenngleich man davon ausgehe, dass er eine Mehrheit findet und so trotzdem Eingang in die Vorlage findet. Der ergänzten Vorlage werde man dann zustimmen.

StRin von Stein (FW) schließt sich dem zusätzlichen Dank an diejenigen, die dazu beigetragen haben, dass diese zusätzlichen Erträge der Stadt zur Verfügung stehen, ausdrücklich an. Sie stünden zur Verfügung für vielfältige Aufgaben, gerade auch für die

Aufgaben, die dringend in Angriff genommen und umgesetzt werden müssen im Zeichen von Klimawandel und Energiewende. Sie betont weiter, dass die großen Automobilkonzerne einen wesentlichen Beitrag dieser Steuerzahlungen leisten. Daher halte sie es für extrem widersprüchlich, hier im Rat mit Vehemenz eine Autofeindlichkeit zu propagieren und damit diesen Firmen zu signalisieren: "Ihr seid hier nicht mehr willkommen, aber euer Geld nehmen wir gerne!" Wichtig ist der Stadträtin auch der Hinweis darauf, dass viele kleine Firmen, Gewerbetreibende und Handwerksbetriebe einen nicht unerheblichen Teil zu der Rekordhöhe an Steuereinnahmen geleistet haben. "Diese brauchen gute und zukunftsfähige Gewerbestandorte, zu denen auch die notwendigen Lagerflächen gehören. Das sollten wir in Zukunft berücksichtigen, wenn wir diese Firmen halten wollen. Es sind zum Teil auch diese Firmen, die hier wesentlich sind, dass das Thema energieeffizientes Bauen usw. möglich werden." Was das Thema der Anträge und der Zulagen angeht, so sehen die Freien Wähler durchaus, dass in Großstädten das Leben teurer ist als auf dem Land, weshalb Anpassungen sicherlich notwendig werden. Offensichtlich sei das Tarifsysteem wenig geeignet, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Diskussionen über Zulagen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne man folglich gut nachvollziehen, doch gehören sie im Kontext der in wenigen Monaten beginnenden Haushaltsplanberatungen geführt. Die Anträge werde man folglich ablehnen und stimme dem von der Verwaltung vorgelegten Nachtragshaushalt zu.

StR Köhler (AfD) merkt an, Rekorderinnahmen stünden Rekordausgaben gegenüber, welche man sich gar nicht erlauben könnte ohne die Leistung derjenigen, die diese Gewerbesteuern erwirtschaftet haben. Ihm werde "angst und bange", wenn er an den Transformationsdruck denke, der auf der Automobilindustrie lastet. Gespannt sei er auf das, was diesbezüglich speziell auf die Region Stuttgart noch zukommt, "wenn unser stärkstes steuerliches Zugpferd abgewickelt werden soll". Auf längerfristige Sicht werde man somit sicherlich nicht mit weiteren Rekorderinnahmen zu rechnen haben. Was die Kapitaleinlage von 200 Mio. EUR an die SWSG angeht, so ist ihm der Hinweis wichtig, dass dieses Geld alleine dafür da ist, damit die SWSG ihre Grundzielsetzungen halten kann. Dies zeige schon, was sich in dieser Stadt verändert hat an Möglichkeiten, überhaupt Wohnraum zu erstellen. Dies treffe natürlich auch auf einen hohen Zuzug von Menschen "aus welchen Quellen auch immer" und spiegle sich beispielsweise auch an den hohen Unterbringungskosten für Geflüchtete wider. Vor diesem Hintergrund habe er eine etwas pessimistische Zukunftsstimmung was die Ermöglichung von ausreichend Wohnraum in Stuttgart angeht. Dem Nachtragshaushalt werde man grundsätzlich zustimmen, den eingegangenen Anträgen hingegen nicht.

BM Fuhrmann dankt für die Wortbeiträge und stellt zunächst den gemeinsamen **Antrag Nr. 19/2023** "Finanzielle Wertschätzung für alle Kita-Mitarbeitenden und in der Schulkindbetreuung - Ausweitung des Tarif+ der SuE-Zulage" (PULS, SPD) zur Abstimmung. Er stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt diesen Antrag bei 33 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen (0 Enthaltungen) mehrheitlich wie beantragt.

Auf die Bitte von StR Rockenbauch werden die Anträge der FrAKTION Nrn. 314/2022 bis 320/2022 jeweils einzeln von Mitgliedern der Fraktionsgemeinschaft begründet und anschließend zur Abstimmung gestellt. StRin Tiarks schickt voraus, man bedauere auch, dass für manche Parteien keine ausreichende Entscheidungsgrundlage vorliegt. Jedoch seien die jetzt zur Abstimmung stehenden Anträge bereits im Herbst 2022 zum

damals anstehenden Nachtragshaushalt eingereicht worden. Damals sei ausgemacht worden, diese Anträge zum heute zur Beschlussfassung stehenden Nachtragshaushalt einzubringen. Leider habe die Verwaltung keine Mitteilungsvorlage dazu geliefert, dennoch habe ein halbes Jahr Zeit bestanden, um sich mit den Anträgen auseinanderzusetzen. Anschließend begründet die Stadträtin nach Aufruf die Anträge Nr. 314/2022, 315/2022, 317/2022 und wirbt um Zustimmung, StR Pantisano spricht für die Annahme des Antrags Nr. 319/2022.

Danach lässt BM Fuhrmann über den **Antrag Nr. 314/2022** abstimmen und stellt fest:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich ab (0 Enthaltungen).

Die nachfolgende Abstimmung über den **Antrag Nr. 315/2022** ergibt

mehrheitliche Ablehnung bei 7 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Der **Antrag Nr. 316/2022** wird laut StR Pantisano nicht zur Abstimmung gestellt, da bereits **erledigt**.

StRin Meergans (SPD) erklärt vor der Abstimmung über den Antrag Nr. 317/2022 das ablehnende Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion und stellt zur Prüfung durch die Verwaltung die Überlegung in den Raum, evtl. Restmittel aus dem BonusCard-Budget 2022 als Finanzierungsbeitrag für die Erhöhung der FamilienCard zu übertragen.

Anschließend stellt BM Fuhrmann fest:

Der Gemeinderat lehnt den **Antrag Nr. 317/2022** bei 7 Ja-Stimmen mehrheitlich ab (0 Enthaltungen).

Er lässt als nächstes über den **Antrag Nr. 318/2022** abstimmen und stellt dazu

mehrheitliche Ablehnung (8 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen) fest.

Die Abstimmung über den **Antrag Nr. 319/2022**, der sich nur noch auf das Pflegepersonal bezieht, ergibt ebenfalls mehrheitliche Ablehnung (8 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Der **Antrag Nr. 320/2022** ist aus Sicht der Verwaltung erledigt durch die Beschlussfassung des Antrags Nr. 29/2023 durch den Verwaltungsausschuss am 08.02.2023. Dem widerspricht StR Pantisano und kündigt an, diesen Antrag wieder aufzurufen im Doppelhaushalt 2024/2025.

Abschließend bittet der Vorsitzende um Abstimmung über den wie folgt **geänderten Beschlussantrag**. Er stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 mit Nachtragshaushaltsplan und der fortgeschriebenen Finanzplanung bis 2026 wird gemäß Anlagen 1 (neu), 2, 3 und 4 unter Berücksichtigung des Beschlusses im Verwaltungsausschuss vom 29.03.2023 zum Antrag 19/2023 "Finanzielle Wertschätzung für alle Kita-Mitarbeitenden und in der Schulkindbetreuung - Ausweitung des Tarif+ und der SuE-Zulage" zugestimmt. Anlage 1 (neu) liegt als Tischvorlage vor.

Die Anlagen 2 bis 4 werden bis zur Vorlage an die Rechtsaufsichtsbehörde entsprechend fortgeschrieben.

2. Der Anbringung der neuen Deckungsvermerke gemäß Anlage 5 wird zugestimmt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
Rechtsaufsichtsbehörde

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
Amt für Digitalisierung, Organisation u. IT
 4. Referat SOS
 5. Referat JB
 6. *Referat SI*
 7. Referat SWU
 8. Referat T
 9. GPR (2)
 10. Amt für Revision
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand